

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.igm.de

Nr. 9 / 12. Nov. 2012

»Gute Arbeit - gut in Rente«

Die IG Metall Baden-Württemberg fordert einen Kurswechsel bei der Rente

Die Demografie beginnt in unseren Betrieben zu wirken. Belegschaften werden durchschnittlich älter – doch bis heute fehlt es an altersgerechten Arbeitsbedingungen.

Ohne diese ist und bleibt die Rente ab 67 aber ein reines Rentenkürzungsprogramm. Wie überhaupt die aktuelle Rentenpolitik das Rentenniveau massiv absenken wird. »Es geht jetzt darum das Rentenniveau zu sichern. Menschen die ein ganzes Arbeitsleben hinter sich haben, haben Anspruch auf einen angemessenen Lebensstandard im Alter«, so IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann.

Die betriebliche Realität ist heute weit davon entfernt Arbeit lebensphasengerecht zu gestalten und älteren Beschäftigten zu ermöglichen ihre Kompe-

Laut einer Befragung von Betriebsräten in über 700 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg sagen über 60 Prozent, in ihrem Betrieb wird keine Rücksicht auf die Belange älterer Beschäftigter genommen. In einer bundesweiten Betriebsrätebefragung durch die IG Metall gaben sogar 92 Prozent an, in ihrem Betrieb gebe es »selten« oder »nie« Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsgestaltung. Das zeigt: Viele Personalabteilungen haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt und müssen umdenken. Gleichzeitig klagen 43 Prozent der befragten Betriebsräte, dass in ihrem Betrieb keine Alterszeit angeboten wird.

tenzen einzubringen. Das wurde auf einer Betriebsrätekonferenz der IG Metall im Oktober in Pforzheim deutlich.

In den Betrieben finden wir statt dessen steigende Belastungen durch ausufernde Arbeitszeiten, immer höheren Leistungsdruck und Defizite in der betrieblichen Weiterbildung. Zudem wurde deutlich, dass die tariflichen Regelungen zum flexiblen Ausstieg in vielen Betrieben nicht umgesetzt sind. Die Schlussfolgerung der Betriebsräte: Gute Arbeit ist weiter ein konkreter Handlungsauftrag in den Betrieben.

www.gut-in-rente.de



Dafür setzen wir uns ein

1. Gute Arbeit

Beschäftigte brauchen Arbeitsplätze, an denen sie gesund bleiben können - von der Ausbildung bis zur Rente.

2. Sichere Beschäftigung

Die richtige Antwort auf den demografischen Wandel ist eine Einstellungs- und Personalpolitik, die für Ältere und jüngere Perspektiven schafft.

3. Für Qualifizierung und Weiterentwicklung

Ob am Band oder im Büro - für alle muss die Qualifikation stimmen. Damit die Flexibilität und Kreativität über alle Lebensphasen erhalten bleiben.

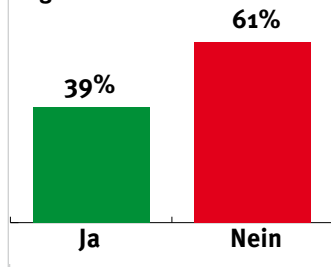
4. Für faire Ausstiegsmöglichkeiten

Die Menschen sollten selbst bestimmen können, wann sie in Rente gehen wollen. Deshalb brauchen sie passgenaue und faire Ausstiegsangebote.

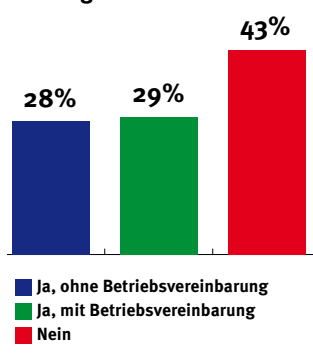
5. Für solidarische Altersabsicherung

Altersarmut und Minirenten sind Ergebnis von politischen Entscheidungen. Die Menschen brauchen eine Rente, die vor Armut schützt und die ihre Lebensleistung anerkennt.

Nimmt die Arbeitszeitgestaltung im Betrieb Rücksicht auf die Belange älterer Beschäftigter?*



Wird im Betrieb Altersteilzeit angeboten?*



Große Nachfrage nach den Materialien zur Rente bei einer Betriebsrätekonferenz im Oktober mit über 400 Teilnehmern.



*Ergebnisse der Betriebsrätebefragung Oktober 2012 in rund 700 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg



Bezirk
Baden-Württemberg

Das Ziel

Umsetzungen aus
dem Tarifvertrag

**ZUKUNFT VERBAUT?
WIR TUN ETWAS
DAGEGEN!**

Umsetzung Tarifvertrag Übernahme

Mehr unbefristete Übernahmen

Der Jugend mehr Zukunftsperspektiven zu geben, das war das Ziel der Operation Übernahme. Ziel erreicht! Im Tarifabschluss vom Mai 2012 wurde die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung als Regel vereinbart.

Nun wird dieser Tarifvertrag umgesetzt. Die Frist von 3 Monaten für die Ausbilder im Januar/Februar 2013 ist in der Regel abgelaufen. Während dieser Zeit konnte ein Arbeitgeber mit dem Betriebsrat eine Vereinba-

rung finden oder nach Beratung mit dem Betriebsrat festlegen, ob der Bedarf an ausgebildeten Fachkräften einer unbefristeten Übernahme entgegensteht. Auch die Mitteilung des Arbeitgebers an die Auszubildenden, sollten sie nicht unbefristet übernommen werden, muss 3 Monate vor dem Ausbildungsende erfolgen. Ist nach Ablauf der Fristen keine gegenteilige Feststellung getroffen, ist der

Arbeitgeber verpflichtet einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten.

Eine erste Zwischenbilanz zeigt uns: Durch den Tarifvertrag zur unbefristeten Übernahme hat sich die Situation insgesamt verbessert. Es gibt deutlich mehr unbefristete Übernahmen als in der Vergangenheit. Und es kommen immer weitere Vereinbarungen dazu. Die IG Metall wird die Umsetzung

des Tarifvertrages Betrieb für Betrieb weiter verfolgen. Mitglieder der IG Metall haben bei Verstoß gegen die Regelungen des Tarifvertrages Anspruch auf Rechtsschutz.

Mehr dazu unter
www.uebernahme.igm.de



**ARBEIT:
SICHER UND FAIR!**

Branchenzuschläge gelten

**GLEICHE
ARBEIT? GLEICHES
GELD!**

Mehr Geld für Leiharbeiter

Seit 1. November werden Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie besser und gerechter bezahlt. Jeder Leiharbeiter der 6 Wochen im Betrieb ist, erhält durch eine Entgelterhöhung sowie den neuen Branchenzuschlag ein sattes Lohnplus von ca. 20 Prozent, sollten im Betrieb nicht schon bessere Vergütungen für Leiharbeiter vereinbart sein.

Dies ist ein Tarifierfolg der IG Metall, vereinbart im Frühjahr 2012. Nun gilt es dafür zu sorgen, diesen Tarifvertrag auch umzusetzen. Schon jetzt häufen sich die Meldungen, dass Leiharbeitsunternehmen versuchen diesen zu umgehen. Die IG Metall vor Ort informiert über Ansprüche der Leiharbeiter und gibt Mitgliedern auch Rechtsauskunft und Unterstützung.

Trotz dieser Verbesserung bleibt die IG Metall bei ihrer Forderung an die Politik, Leiharbeit zu regulieren und den gesetzlichen Anspruch auf gleiches Geld für gleiche Arbeit einzuführen.

Mehr dazu unter
www.gleichearbeit-gleichesgeld.de



Ja zu einem sozialen Europa

Europa ist ein Erfolgsmodell. Das wird derzeit zu schnell vergessen, weil die Krise der südlichen Länder alles überschattet. Gebeutel von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hängen einige Länder am Tropf der Europäischen Union. Die setzt auf eine rigorose Sparpolitik: Löhne werden gesenkt, die Rechte der Arbeitnehmer ausgehebelt, Renten und Sozialleistungen gekürzt. Die Folgen: Die Krise wird verschärft, die abhängig Beschäftigten unzumutbar belastet, die Arbeitslosigkeit steigt und die junge Generation verliert zusehends ihre Perspektive. Dieser Weg führt nicht aus der Krise. Statt Europa kaputt zu sparen, benötigen wir ein Programm

für Wachstum und Beschäftigung, eine koordinierte Wirtschafts- und Industriepolitik, regulierte Finanzmärkte, eine Bankenaufsicht und eine Finanztransaktionssteuer. Das Fundament der europäischen Integration ist das gemeinsame Bekenntnis zu einem demokratischen und sozialen Europa.

Die IG Metall Stuttgart beteiligt sich am **14. November** an einem europäischen **Aktionstag für Arbeit und Solidarität**. Treffpunkt: **16 Uhr Büchsenstraße/Ecke Kronprinzenstraße in Stuttgart**. Es reden u.a. **Hans-Jürgen Urban**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sowie **Uwe Meinhardt**, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart.